



kontakt

Informationen der hannoverschen SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack



Kerstin Tack

Hannover im Herzen.
Deutschland im Blick.

**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

das Coronavirus verändert unseren Alltag zurzeit sehr. Schulen, Kita und viele Läden bleiben vorerst geschlossen, Veranstaltungen werden abgesagt. Wenn möglich, bleiben viele zu Hause und arbeiten von dort aus. Auch ich und mein Team schränken die Kontakte ein. Das ist vernünftig und wichtig, denn es geht auch um den Schutz älterer Menschen und Risikogruppen.

In den Krankenhäusern und Praxen arbeiten Pflegekräfte, sowie Ärztinnen und Ärzte, die Wissenschaft aber auch Behörden mit Hochdruck daran, das Virus einzudämmen. Bus- und Bahnfahrer*innen, Angestellte in Supermärkten, Drogerien und öffentliche Bedienstete arbeiten ebenfalls unter enormen

Druck. Ihnen gilt mein besonderer Dank für all ihr Tun.

Auch die politische Arbeit ist anders als gewohnt. Es geht jetzt darum, besonnen und entschieden zu handeln und die Menschen im Blick zu haben. Deshalb hat die Bundesregierung auch schnell Verbesserungen bei der Kurzarbeit beschlossen und stellt Unternehmen die aufgrund der wirtschaftlichen Effekte in Schieflage geraten, unbegrenzt Kredite und Hilfen zur Seite. Viele weitere Maßnahmen werden folgen.

Lasst uns in dieser Zeit besonders solidarisch sein. Achtet aufeinander!

Herzlichst Ihre und Eure
Kerstin Tack

Arbeit-von-morgen-Gesetz

Beschäftigte in Arbeit halten – auch in Zeiten konjunktureller Herausforderungen. Das ist das Ziel der SPD. Die Arbeitswelt wandelt sich in hohem Tempo. Das bringt Veränderungen mit sich. Mit dem Arbeit-von-morgen-Gesetz setzen wir deshalb auf Weiterbildung, verstärkte Ausbildungsförderung und erweitertes Kurzarbeitergeld. Ziel ist es, Beschäftigte in Arbeit zu halten. Wo dies nicht gelingt, soll die Zeit der Arbeitslosigkeit als Qualifizierungs- und Weiterbildungszeit genutzt werden. Das Kabinett hat den Weg für das Gesetz freigemacht.

In Anbetracht der Ausbreitung des Corona-Virus haben wir uns entschieden, das erweiterte Kurzarbeitergeld vom Rest des Gesetzes zu trennen um so schnell wie möglich Hilfe zu leisten. Viele sorgen sich nicht nur um die eigene Gesundheit, sondern auch um die Gesundheit ihrer Lieben. Der Bundestag hat beschlossen, Kurzarbeitergeld in Zukunft auch kurzfristig zur Verfügung zu stellen. Bisher muss ein Drittel der Beschäftigten von Arbeitsausfall betroffen sein, um Kurzarbeitergeld zu bekommen. Künftig beträgt diese Schwelle nur noch 10 Prozent.

Fortsetzung auf Seite 2

Arbeit-von-morgen-Gesetz

Auch Beschäftigte in Leiharbeit können in Zukunft Kurzarbeitergeld bekommen. Weiterhin wird es der Bundesagentur für Arbeit ermöglicht, die Sozialversicherungsbeiträge vollständig zu übernehmen. Schon in der Finanzmarktkrise hat sich Kurzarbeitergeld bewährt. So ist es Unternehmen auch in schwierigen Zeiten möglich, Kündigungen zu vermeiden.

Unabhängig von der aktuellen Krisensituation hören die Transformation und die Digitalisierung des Arbeitsmarktes in Deutschland nicht auf. Deshalb ist es uns wichtig, das Arbeit-von-morgen-Gesetz weiterzuentwickeln. Wir wollen diese Zeit zu nutzen, um Qualifizierung und Fortbildung in diese Zeit zu legen und Betriebe zu unterstützen. Mit dem Arbeit-von-morgen-Gesetz setzen wir ein starkes Zeichen. Die SPD nimmt die Sorgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ernst. Wir verfolgen ein klares Ziel: Beschäftigung und Sicherheit für alle.

Jedem Einzelnen muss Arbeit und Teilhabe ermöglicht werden. Die Beschäftigten von heute müssen die Möglichkeit haben, sich zu qualifizieren, damit sie die Arbeit von morgen machen können. Ständige Weiterbildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit – jetzt und in der Zukunft. Für uns ist klar: Unternehmen im Wandel müssen mehr Verantwortung für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übernehmen. Sie sollen stärker in Weiterbildung investieren und Beschäftigte auch in Krisenzeiten nicht entlassen.

Mit dem Gesetz wollen wir die Bundesagentur für Arbeit stärken. Sie soll schneller und wirksam helfen. Demnächst wird sie auch unabhängig von der Betriebsgröße einen Anteil von bis zu 15 Prozent von Arbeitsentgelt und Lehrgangskosten übernehmen. Schon durch das Qualifizierungschancengesetz haben wir Berufsgruppen gestärkt, die vom Strukturwandel bedroht sind. Je nach Größe erhalten die Unternehmen 100 Prozent der Lehrgangskosten und 75 Prozent Lohnzuschuss. Außerdem sollen Sammelanträge für Weiterbildungsförderung möglich werden. Wer seinen Schulabschluss nachholen möchte, soll das Recht auf finanzielle Unterstützung bekommen. Wer dennoch arbeitslos wird, kann die Meldung bei der Bundesagentur für Arbeit künftig auch vom Computer aus erledigen. Außerdem soll es Beratungen per Videotelefonie geben.

Die SPD steht an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und tut alles, um sie auch in Krisenzeiten bestmöglich zu unterstützen. Das Arbeit-von-morgen-Gesetz wird voraussichtlich in der ersten Aprilhälfte 2020 in Kraft treten.

Kerstin Tack einstimmig zur stellvertretenden Vorsitzenden der Landesgruppe Niedersachsen/ Bremen wiedergewählt!

Kerstin Tack vertritt auch weiterhin die Landesgruppe Niedersachsen/ Bremen in der SPD-Bundestagsfraktion als stellvertretende Vorsitzende. Ebenso wurde Johann Saathoff als deren Vorsitzender wiedergewählt.

Dem Vorstand der Landesgruppe gehören außerdem an: Falko Mohrs (Braunschweig), Uwe Schmidt (Bremen) und Lars Klingbeil (Nordniedersachsen). Alle Mitglieder des Vorstandes wurden einstimmig gewählt.



Neue Mitarbeiterin in meinem Abgeordnetenbüro in Berlin - Michèle Rochau

Am 16. März 2020 hat Michèle Rochau die Nachfolge von Dr. Friederike Storch im Berliner Abgeordnetenbüro angetreten.



Michèle kommt gebürtig aus Hameln und hat in Vechta, Os nabrück und Oslo Politikwissenschaft und Anglistik studiert.

Michele ist neu im Bundestag und freut sich darauf, Kerstin Tack und ihr Team in den Bereichen Arbeits- und Sozialpolitik, sowie in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen.

Interview mit Hamideh Mohagheghi, Haus der Religionen Hannover

1. Du leitest seit 1980 eine muslimische Frauengruppe in Hannover und schreibst viele Bücher über das Verhältnis von Religion zur Gesellschaft. Was hat sich in den 40 Jahren deines Wirkens verändert?

Ich bin 1977 nach Deutschland gekommen, ohne ein Wort Deutsch zu sprechen. Die muslimischen Frauen, die ich hier kennen gelernt habe und die für mich eine große Unterstützung waren, waren meist Deutsche, die den Islam über ihre muslimischen Ehemänner kennen gelernt haben: sehr traditionell und z.T. unreflektiert. Unser Bemühen war und ist, selbstständig und quellenbezogen einen Islam zu leben, der anpassungsfähig an unser Leben hier ist. Junge Muslime leben ihren Glauben selbstbewusst und möchten die Gesellschaft gleichberechtigt mitgestalten. Dies stößt aber seit einigen Jahren aufgrund zunehmend islamfeindlicher Gesinnung an Grenzen. Die Zahl gut ausgebildeter muslimischer Frauen und Akademikerinnen ist gestiegen und doch erfahren sie Ablehnung, wenn sie bestimmte Berufe ausüben möchten. Das bedeutet, dass sie in dieser Gesellschaft noch viele Hürden überwinden müssen, bis sie wirklich akzeptiert sind.

2. Wir haben es in den letzten Monaten verstärkt mit rechtsextremen Überfällen zu tun, vor allem auf Menschen mit Migrationsgeschichte, religiöse Gruppen und die, die sich für sie einsetzen. Wie sollten wir uns deiner Meinung nach jetzt am besten verhalten?

An erste Stelle besonnen und bedacht, aber mit Bestimmtheit dagegen anzugehen. Wir brauchen entschiedenen Widerstand von Politik und Gesellschaft Hand in Hand. Die Sprache der Politik finde ich z.T. unerträglich und unverantwortlich. Sachliche Kritik kann auch mit Respekt vor Menschen geäußert werden, ohne sie zu diffamieren. Wir müssen eine neue Form der Streitkultur lernen, denn in der Demokratie muss man miteinander streiten und um Wege und Lösungen ringen. Der Streit sollte aber in guter Art und Weise geführt werden.

3. Hannover hat ein „Haus der Religionen“. Wie siehst du dessen Bedeutung für die Stadt und für ganz Deutschland?

Das Haus der Religionen ist ein Ergebnis von über dreißig Jahren interreligiöser Begegnung in Hannover. Es war ein langer Weg, doch wir haben es geschafft, dieses in Deutschland einmalige Haus aufzubauen. Als außerschulischer Bil-



dungsort möchten wir vordergründig Kindern und jungen Menschen vermitteln, dass Vielfalt keine Bedrohung, sondern eine Chance ist. Die Offenheit, sich von anderen inspirieren zu lassen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede kennenzulernen, ist die Haltung, die wir in einer offenen Gesellschaft brauchen. Das Haus der Religionen ist auch ein Ort, um sich zu informieren. Wir organisieren und koordinieren Besuche in den religiösen Häusern, die in Hannover zahlreich sind. Begegnung, Kennenlernen, Verstehen und Wertschätzen sind im Haus der Religionen besonders wichtig. Für diese Ziele steht das Haus der Religionen in Hannover und es verdient, unterstützt zu werden.

Die Grundrente kommt!

Wer sein Leben lang gearbeitet hat, verdient Respekt und Anerkennung. Nach langen Verhandlungen steht endlich fest: Die Grundrente kommt. Darauf hat sich das Kabinett am 19.02.2020 geeinigt. Wer jahrelang gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, profitiert von der Grundrente. Trotz langjähriger Beitragszahlung können manche Bürgerinnen und Bürger im Alter nicht von ihrer Rente leben. Dem wirken wir entgegen.

Statt wie ursprünglich geplant nach 35 Beitragsjahren soll es schon nach 33 Beitragsjahren einen Grundrentenzuschlag geben. Damit werden harte Abbruchkanten vermieden. Die Rente von 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentnern wird so spürbar erhöht. 70 Prozent der zukünftigen Empfängerinnen und Empfänger sind Frauen. Bürgerinnen und Bürger aus Ostdeutschland werden besonders profitieren. Die

Lebensleistung dieser Menschen verdient Anerkennung - im Arbeitsleben genauso wie bei der Rente.

Die Grundrente ist bürgerfreundlich und muss nicht gesondert beantragt werden. Hier haben wir einen Meilenstein gesetzt: Eine Bedürftigkeitsprüfung wird es nicht geben. Niemand muss dafür zum Sozialamt gehen, das ist und bleibt der SPD besonders wichtig. Schließlich ist die Grundrente keine

Sozialleistung, sondern ein Rentenanspruch, den sich die Bürgerinnen und Bürger hart erarbeitet haben.

Die Deutsche Rentenversicherung prüft selbstständig, ob die Voraussetzungen für die Grundrente erfüllt werden. Hierfür wird sie eine Abfrage beim zuständigen Finanzamt vornehmen. Es gibt einen Freibetrag, der bei Alleinstehenden bei 1250 Euro und bei Paaren bei 1950 Euro liegt.



22.01.2020: Kerstin Tack diskutiert mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem DGB und der Deutschen Rentenversicherung über die Grundrente

Veranstaltung Soziale Klimapolitik mit Kerstin Tack und Matthias Miersch



Am 21. Januar 2020 luden die SPD-Bundestagsabgeordneten Kerstin Tack und Matthias Miersch zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Soziale Klimapolitik“ in das Freizeitheim Vahrenwald ein. Sie debattierten mit den Gästen über die Auswirkungen des Klimawandels und darüber, wie die Klimaziele von Paris eingehalten werden können.

„Der Klimawandel ist real. Die Auswirkungen spüren wir weltweit, aber auch bei uns in Deutschland. Hitzerekorde und Waldbrände, Starkregen und Überflutungen sind nur einige Folgen der globalen Erwärmung. Um den Klimawandel aufzuhalten, hat sich Deutschland verpflichtet, bis zum Jahr 2050 klimaneutral zu werden“, führte Kerstin Tack in das Thema ein.

„Die SPD-Bundestagsfraktion hat lange dafür gekämpft, damit das Ziel der Klimaneutralität inklusive aller nötigen Zwischenschritte gesetzlich festgehalten wird. Das nun vorliegende Klimaschutzpaket 2030 und das Klimaschutzgesetz als Kernstück unserer Politik sind wichtige und notwendige Schritte für den Schutz unseres Klimas“, so Matthias Miersch, stellvertretender

Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. „Beim Klimaschutzgesetz ist es uns besonders wichtig, dass es einen wirkungsvollen Kontrollmechanismus enthält. Alle Ministerien müssen verpflichtet sein, ihre jährlichen Minderungsziele beim CO₂-Ausstoß zu erreichen. Darauf werden wir im parlamentarischen Verfahren genau achten und nachschärfen, falls dies nötig ist.“

Aber auch die schnelle Umsetzung der einzelnen Maßnahmen aus dem Klimaschutzpaket sei entscheidend, damit das Ziel der CO₂-Neutralität erreicht werde. Insbesondere in den Bereichen Verkehr und Wohnen habe die SPD-Bundestagsfraktion zahlreiche Verbesserungen erreichen können.

„Bahntickets werden günstiger, indem wir die Mehrwertsteuer für diese absenken, die Kaufprämie für E-Fahrzeuge wird verlängert und ausgeweitet, wir fördern den Mieterstrom und beteiligen Kommunen zukünftig finanziell am Betrieb von Windrädern“, führt Matthias Miersch weiter aus.

Professor Gunter Seckmeyer vom Institut für Meteorologie und Klimatologie der Universität Hannover war an diesem

Abend zu der Veranstaltung eingeladen und stellte in konkreten Zahlen vor, wie der Klimawandel voranschreitet. Demnach blieben nur 25 Jahre Zeit, um das 2 Grad-Ziel zu erreichen und gerade einmal 7 Jahre für das 1,5 Grad-Ziel. Es bestehe also akuter Handlungsbedarf. Er plädiert für eine CO₂-Steuer. Diese sei auch sozialverträglich, weil Menschen mit geringerem Einkommen weniger CO₂ produzierten.

Der Regions-Dezernent für Wirtschaft, Verkehr und Bildung, Ulf-Birger Franz berichtete von den Errungenschaften für mehr Klimaschutz in der Region Hannover durch den Ausbau des ÖPNV und Umweltmaßnahmen in Stadt und Region.

„Bei allen Maßnahmen und Vorhaben ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer klar: Dem Klimawandel können wir nur entgegenreten, wenn eine breite Mehrheit der Menschen in diesem Land hinter den Maßnahmen steht. Wir brauchen einen effektiven Klimaschutz, der sozial gerecht ist und nachhaltigen Wohlstand für alle ermöglicht“, so Kerstin Tack in ihrem Schlusswort.

Kerstin Tack beim Neujahrsempfang der SPD-Ortsvereine Bothfeld und Vahrenheide-Sahlkamp

Am Sonntag, den 12. Januar 2020 hat Kerstin Tack wieder am traditionellen Neujahrsempfang der SPD-Ortsvereine Bothfeld und Vahrenheide-Sahlkamp teilgenommen.

Neben ihr waren zu einer Ansprache auch der Niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil, der SPD-Europaabgeordnete Bernd Lange, der Bezirksbürgermeister Harry Grunenberg, sowie die Landtagsabgeordnete Thela Wernstedt eingeladen. Sie wurden von den Ortsvereinsvorsitzenden Florian Spiegelhauer und Wjahat Waraich empfangen.

In ihrem Grußwort lobte Kerstin Tack ausdrücklich das aktive Engagement im Stadtbezirk Bothfeld-Vahrenheide und berichtete von ihrer politischen Arbeit in Berlin.

Bei dem Neujahrsempfang waren rund 170 Gäste aus der Stadtgesellschaft zu Gast, die den Tag in geselliger Atmosphäre im Restaurant Walk-In in Bothfeld verbrachten.



Wie wird der Digitalpakt umgesetzt? Kerstin Tack besucht Gerhart-Hauptmann- Realschule in Großbuchholz

Am 28. Februar war Kerstin Tack zu Gast an der Gerhart-Hauptmann-Realschule in Großbuchholz, einer Pilotschule in Hannover für den Medienentwicklungsplan. Sie besuchte die Schule zusammen mit dem bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Stefan Politze und der SPD-Regionsabgeordneten Regina Hogrefe. Schulleiterin Silke Dorn empfing die Politikerinnen und Politiker zu einer Schulbesichtigung, einem Gespräch über den Digitalpakt und einer „Unterrichtsstunde“ in technischen Möglichkeiten des Unterrichts. Heute konnten die Erwachsenen etwas von den Kindern lernen! Die Schülerinnen und Schüler zeigten den Politiker*innen, wie man eine Pflanzenbestimmung mit der Software „Plant.Net“ vornimmt, wie die App „Kahoot“ funktioniert, mit der getestet werden kann, ob die Schüler*innen die Sachverhalte des Unterrichts schon verstanden haben, sowie die Mathe-App „Anton“. Der Vormittag bot viele spannende Einblicke in die Digitalisierung einer Schule.

Im Zuge des Medienentwicklungsplanes, der in Hannover aus dem Digitalpakt hervorgegangen ist, sollen die Schulen flächendeckend WLAN bekommen, interaktive Tafelsysteme, Tablets und Breitbandausbau. Der Digitalpakt, der letztes Jahr im Bundestag beschlossen wurde, soll dafür sorgen, dass den Schulen alle Möglichkeiten uneingeschränkt offen stehen. Der Bund kann jetzt die Länder finanziell besser bei ihren Bildungsaufgaben unterstützen. Wichtig für die Zukunft seien vor allem die Lehrerfortbildung, die Ausschüttung der Gelder aus dem Digitalpakt und die Kombination aus technischen und analogen Unterrichtsmaterialien. Digitalisierung ist kein Luxus, sondern Alltag in den Schulen.



Kerstin Tack unterwegs



03.12.2019: PPP-Patenkinder Clayson Briggs und David Wentzel aus den USA



22.01.2020: Diskussion mit den Politikern des Jahrgangs 12 der Ricarda-Huch-Schule zusammen mit MdB Sven Kindler von den Grünen zum Thema „Politische Teilhabe zwischen Anspruch und Wirklichkeit“



24.01.2020: Besuch bei der Deutschen Rentenversicherung



75 Jahre VdK: Verena Bentele und Kerstin Tack



Red Hand Day 2020

Besuche in Berlin



12.12.2019: Besuch Ehrenamtliche



12.02.2020: IGS Vahrenheide-Sahlkamp



12./13.03.2020: BPA-Fahrt

Impressum:

kontakt | Ausgabe März 2020
V.i.S.d.P.: Kerstin Tack
Im Kreuzkampe 1 | 30655 Hannover
www.kerstin-tack.de
kerstin.tack.wk@bundestag.de

Redaktion:

Alexandra Dzaack, Heiderose Kelich, Flemming Krause, Michèle Rochau und Heidi Röder

Layout und Satz:

Knud Lagershausen
Gedruckte Auflage:
2.500 Exemplare
Redaktionsschluss:
16. März 2020



Bildnachweise:

S. 1 Berliner Bären | juli / photocase.com
S. 1 Kerstin Tack | Susie Knoll
S. 2 oben | Landesgruppe Niedersachsen/Bremen
S. 4 unten | Mubarez Mumtaz
S. 6 Berlin unten | Deutscher Bundestag
S. 6 Gedenkveranstaltung oben | Marco Rösler
S. 6 Gedenkveranstaltung unten | Andreas Pieper

Gedenkveranstaltung zum 87. Jahrestag der Ermordung von Mitgliedern des Reichsbanners

Am Samstag, den 22. Februar 2020 hielt Kerstin Tack eine Gedenkrede zum 87. Jahrestag des SA-Überfalls auf eine SPD-Veranstaltung im Lister Turm. Dabei waren drei Mitglieder des in der Weimarer Republik gegründeten Vereines Reichsbanner von Nazis ermordet worden, zahlreiche weitere wurden verletzt. Der Heizer Wilhelm Heese und der Dreher Willi Großkopf wurden durch Schüsse so schwer verletzt, dass sie verstarben. Karl Essmann starb später an den Verletzungen, die ihm an diesem Tage zugefügt wurden. Wir haben sie nicht vergessen! Gerade angesichts der zunehmenden Gewalt gegen ausländische Mitbürger*innen, Kommunalpolitiker*innen und ehrenamtlich Tätige ist unser Erinnern wichtiger denn je.



v.l.n.r.: Balasubramanian Ramani, Ilse Dunkhase-Degott, Kerstin Tack, Alptekin Kirci und Irma Walking-Stehmann